Digitale Pressekonferenz am 02. Juni 2025
zur Veröffentlichung der repräsentativen
forsa-Lehrkräftebefragung „Inklusion in Deutschland“

Statement von Tomi Neckov, stellvertretender VBE Bundesvorsitzender

– Es gilt das gesprochene Wort. –

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit wenigen Wochen haben wir eine neue Regierung. Diese hat formuliert, dass wir, „ein modernes Bildungssystem, das individuelle Bedarfe der Schülerinnen und Schüler berücksichtigt und die Demokratie stärkt“, brauchen. Zudem sollen „Bildungsgerechtigkeit, Leistungsfähigkeit und Inklusion“ gestärkt werden. Ich möchte nicht vorgreifen, aber bemerke schon jetzt: Da haben sie sich viel vorgenommen.

Denn die Inklusion in Deutschland ist in den letzten fünf Jahren kaum vorangekommen.

[Chart 3] Das ist die Haupterkenntnis unserer diesjährigen bundesweit repräsentativen Befragung von insgesamt 2.737 Lehrkräften zu ihren Erfahrungen mit Inklusion in Schule. Besonders interessant ist der Längsvergleich zu den Zahlen der Umfragen von 2015, 2017 und 2020. Ein weiteres Novum: Erstmals können wir Aussagen treffen für insgesamt elf Bundesländer, teilweise zusammengefasst in Regionen.

[Chart 5] Wir sehen: Die Haltung, dass die gemeinsame Unterrichtung von Kindern mit und ohne Behinderungen sinnvoll ist, teilt die Mehrheit der Lehrkräfte. Die positive Einstellung zur Inklusion nimmt im Zeitverlauf zu: Vor zehn Jahren stimmten 57 Prozent zu, jetzt 62 Prozent. Zudem ist dies noch ausgeprägter bei Lehrkräften, die selbst in inklusiven Lerngruppen unterrichten, und liegt bei 69 Prozent.

[Chart 6] Bedingt durch hohen Personalmangel, fehlende Ressourcen und unzureichende Möglichkeiten der individuellen Förderung konstatieren aber viel weniger Lehrkräfte, dass es praktisch sinnvoll ist; nur 28 Prozent. Auch von den selbst in inklusiven Settings Unterrichtenden gibt dies nur ein Drittel an.

[Chart 7] Und so kann es nicht verwundern, dass sich nur ein Bruchteil der Lehrkräfte dafür ausspricht, die Förder- und Sonderschulen vollständig abzuschaffen. Ein Drittel spricht sich für den vollständigen Erhalt und knapp die Hälfte für den mehrheitlichen Erhalt aus. Nur ein Fünftel der Befragten ist für eine mehrheitliche Abschaffung. Allerdings ist diese Zahl in den letzten Jahren um 5 Prozentpunkte gestiegen. Spannend ist auch der Blick in die Bundesländer: Bayern und Rheinland-Pfalz sprechen sich häufiger für den vollständigen oder mehrheitlichen Erhalt aus als im Durchschnitt. Im Gegensatz dazu befürworten Berlin und Niedersachsen stärker die mehrheitliche Abschaffung. Im Hinblick auf die Erfahrung mit Inklusion zeigt sich auch hier eine starke Korrelation.

[Chart 8] Denn: In Niedersachsen, Berlin, der Nordost-Region und Nordrhein-Westfalen wird deutlich häufiger als im Bund angegeben, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der eigenen Schule unterrichtet werden. In Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg liegt dieser Anteil klar unter dem Durchschnitt. Die Erfahrung macht offen für die Vorteile von Inklusion! Und wenn es jetzt noch ausreichend Ressourcen und Unterstützung gäbe, wäre die Haltung der Praxis wahrscheinlich bedeutend positiver.

[Chart 9] Doch: Die Bedingungen vor Ort könnten in keiner Demotivationsstrategie besser vorgegeben werden. So sagen knapp 2/3, dass die Klassengröße gleich bleibt, auch wenn Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf hinzukommen.

[Chart 10/11] 30 Prozent der Lehrkräfte, die inklusiv unterrichten, haben vorher nicht an einer Fortbildung teilgenommen. Fast die Hälfte hat keine sonderpädagogischen Kenntnisse und bei 2/3 war Inklusion nicht Teil der Lehrkräfteausbildung. Immerhin gibt es Bewegung. [Chart 12] Wenn Sie sich den Vergleich zu 2015 ansehen, ist in der Ausbildung viel passiert – und natürlich auch bei der Vorerfahrung. Der Blick in die Länder zeigt: In Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gaben ca. ¾ der Befragten an, dass Inklusion bei den inklusiv unterrichtenden Lehrkräften kein Teil der Ausbildung war. In Berlin sagte dies hingegen „nur“ die Hälfte. Wir sind uns sicher einig, dass dies kein Grund zum Jubeln ist.

Kein Wunder, aber es sei erwähnt: Wir sehen eine Korrelation zwischen überdurchschnittlich häufig fortgebildeten Lehrkräften und der Zufriedenheit mit dem Fortbildungsangebot.

[Chart 13] Demotivierend wirkt auch: Obwohl sich fast alle Lehrkräfte für eine Doppelbesetzung mit einer sonderpädagogischen Fachkraft aussprechen, können dies nur 2/3 der Befragten zumindest zeitweise in Anspruch nehmen.

[Chart 14] Im Vergleich zu Schulen ohne inklusive Lerngruppen gibt es etwas häufiger ein multiprofessionelles Team. Hier kommen wir zu einer der positivsten Entwicklungen in den letzten fünf Jahren – und ich erwähnte bereits, dass es davon nicht viele gibt. So sagte 2020 nur etwa ein Drittel der Befragten, dass es multiprofessionelle Teams gibt. Jetzt antwortet dies über die Hälfte! Hier hat auch die Arbeit des VBE gewirkt, auf die nötige Unterstützung von Lehrkräften hinzuweisen und diese einzufordern.

Die meisten Befragten geben an, dass es sozialpädagogische Fachkräfte gibt. Ein knappes Drittel, dass Erzieherinnen und Erzieher eingesetzt werden. Dies ist in den östlichen Bundesländern und Berlin deutlich stärker ausgeprägt. An einem Viertel der Schulen gibt es Schulpsychologinnen und -psychologen. In Bayern gaben dies 2/3 der Befragten an.

Allerdings sind diese Personen nur an einem Fünftel der Schulen immer verfügbar. An knapp der Hälfte der Schulen nur zeitweilig und an einem weiteren Fünftel nach Bedarf.

[Chart 15] Besonders gefreut hat es uns, dass viel mehr Befragte als noch 2020 darüber berichtet haben, dass es einen Austausch in institutionalisierten Koordinierungsstrukturen gibt. Das berichtet jetzt fast die Hälfte, damals nur ein Fünftel. Zudem geben doppelt so viele Befragte an, dass der Austausch zu festen Zeiten innerhalb der Arbeitszeit stattfindet. Bevor ich zu positiv auf die Entwicklung blicke, müssen wir aber konstatieren, dass dies noch immer nur etwas über ein Viertel der Befragten angibt. Unvorstellbar für jede Person in der Wirtschaft: Meetings zwischen Tür und Angel oder gar in der Freizeit. Für Lehrkräfte und deren Kooperationspartner ist dies Alltag!

[Chart 16] Was wir nicht vergessen dürfen: Die Schulgebäude! Es ist ein Skandal, wenn 41 Prozent der Befragten angeben, dass sie nicht barrierefrei sind. In Bayern und Niedersachsen vermelden dies weniger, aber immer noch um die 30 Prozent. In Berlin geben dies die Hälfte der Befragten an. Hier geht es nicht nur um Schülerinnen und Schüler und ihr Recht auf Lernen. Es geht auch um Lehrkräfte und ihr Recht auf freie Berufswahl. Und es geht um Eltern, die nicht am Schulleben teilhaben können. Wenn also im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung steht, dass sie das Behindertengleichstellungsgesetz so weiterentwickeln möchten, dass „unter anderem alle öffentlich zugänglichen Bauten des Bundes bis 2035 barrierefrei gestaltet werden“, muss man auf die Vorbildfunktion hoffen, dass dies bald auch für kommunale Bauten stärker in den Fokus rückt.

[Chart 17] Was sind die Erkenntnisse? Die Lehrkräfte in inklusiven Settings haben es nicht leicht:

- Sie bekommen mehr Aufgaben bei gleicher Klassengröße,
- sie werden nicht ausreichend vorbereitet,
- nur 2/3 von ihnen haben eine zeitweise Doppelbesetzung,
- und nur die Hälfte wird von multiprofessionellen Teams unterstützt,
- wobei sie die Kooperation zwar öfter in Koordinierungsstrukturen absprechen,
- aber weiter nur zu einem Fünftel zu festen Zeiten innerhalb der Arbeitszeit gestalten können.
- Zudem sind 40 Prozent der Schulbauten nicht barrierefrei.
- Und wer dann Unterstützung bei psychisch oder physisch herausfordernden Situationen benötigt, findet solche Maßnahmen nur an einem Fünftel der Schulen vor. DAS macht krank! Das ist krank.

Sieht so Inklusion aus? Kann Inklusion so gelingen?

Wir brauchen echte Entwicklung, richtige Unterstützung und kluge Konzepte, wie individuelle Förderung gelingen kann – während die Lehrkräfte gesund bleiben und mit Freude kooperieren.

Der Ausweg wird aber nicht sein, sich von digitalen Endgeräten ersetzen zu lassen. War Inklusion am Anfang von einigen Kultusministerien als Sparprojekt angelegt – schließlich sollten die Förderschulen ja geschlossen werden – soll nun die Künstliche Intelligenz, kurz: KI, das Elend richten. KI für die Individualisierung, KI für Tests, KI für den Lernfortschritt und KI für die KI. KI, die Aufgaben schreibt, die dann mit KI bearbeitet und von KI bewertet werden.

[Chart 18] Natürlich nutzen Lehrkräfte digitale Endgeräte zur individuellen Förderung. Fast ¾ der Befragten geben das an, an Grundschulen und Förderschulen etwas mehr, an Gymnasien etwas weniger. Die Hälfte mindestens wöchentlich. Sie nutzen zum Beispiel Lern-Apps und Spiele. Es werden differenzierte Aufgabenstellungen erstellt oder das eigenständige Lernen der Schülerinnen und Schüler unterstützt. Zudem können körperlich beeinträchtigte Kinder digitale Endgeräte für alternative Darstellungsformen nutzen oder sich Aufgabenstellungen vorlesen lassen. Alles richtig, gut und ein Gewinn für den Unterricht.

[Chart 19] Aber gerade, wenn wir über Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischen Förderbedarfen sprechen, bleibt es dabei: Auf die Lehrkraft kommt es an. Und wenn die nicht angemessen unterstützt wird, kann Inklusion nicht gelingen. Genau das ist aber noch immer die Situation – und sie bessert sich im Vergleich zu 2020 nicht deutlich genug. So verwundert es nicht, wenn nur wenige zufrieden sind mit der Inklusionspolitik ihrer Landesregierung, fast die Hälfte eher unzufrieden und über ein Drittel sogar sehr unzufrieden ist. Besonders gravierend: Jene, die selbst in inklusiven Lerngruppen unterrichten, sind öfter sehr unzufrieden, nämlich sogar 44 Prozent der Befragten. Ein Armutszeugnis für die Politik!

Was es jetzt braucht, ist klar: Mehr! Mehr Personal, mehr Unterstützung, mehr Zeit für Kooperation, mehr Ressourcen und mehr Vorbereitung. Und nicht zuletzt braucht es den politischen Willen, inklusive Beschulung für alle Kinder zu ermöglichen. Dann klappt´s auch mit der UN-Behindertenrechtskonvention.